

Hoffnung für die Demokratie?

Die Regierung Singapurs ist längst zur Repression früherer Jahre zurückgekehrt

Am 16. Dezember 2006 wurde Chee Soon Juan, Vorsitzender der Singapore Democratic Party (SDP) und einer der führenden Oppositionspolitiker Singapurs, nach mehrwöchiger Haft aus dem Gefängnis entlassen

Rolf Jordan

Chee war im November zu einer Geldstrafe von 5.000 Singapur-Dollar (umgerechnet 2.500 Euro) verurteilt worden, weil er im Mai 2006, im Vorfeld der letzten Parlamentswahlen, ohne Genehmigung der Behörden eine öffentliche Rede gehalten hatte. Er hatte damit gegen die bestehenden Bestimmungen des Public Entertainment and Meetings Act (PEMA) verstoßen, nach denen öffentliche Veranstaltungen bei den zuständigen Behörden angemeldet und von diesen genehmigt werden müssen. Seit Jahrzehnten stellen die Bestimmungen ein wichtiges Instrument der regierenden People's Action Party (PAP) dar, um die Opposition im Land in ihrer Öffentlichkeitsarbeit massiv zu behindern. Nachdem sich Chee geweigert hatte, die gegen ihn verhängte Geldstrafe zu zahlen, musste er die mehrwöchige Haftstrafe antreten. Gemeinsam mit ihm waren auch die beiden SDP-Mitglieder Yap Keng Ho und Ghandi Ambalam zu Haftstrafen verurteilt worden, da sie sich ebenfalls geweigert hatten, die gegen sie verhängten Geldstrafen zu zahlen.

Chee wurde aus der Haft entlassen, nachdem er bereits Anfang Dezember wegen gesundheitlicher Probleme in ein Krankenhaus verlegt werden musste. Nach nur wenigen Tagen in Haft hatte der Oppositionspolitiker über die Verschlechterung seines Gesundheitszustands geklagt. Anhaltender Brechreiz und Schlafstörungen hatten die Behörden schließlich veranlasst, Chee aus der Haftanstalt in ein Gefängnis-Krankenhaus zu verlegen, wo sich sein Zustand allerdings nur wenig besserte. Im Umfeld des Politikers wurde eine gezielte Verabreichung von Medikamenten und Drogen als mögliche Ursache für die ge-

sundheitlichen Probleme nicht ausgeschlossen. Anhänger des Politikers im In- und Ausland vermuten hinter dieser Entwicklung den gezielten Versuch der Behörden, Chee in der Haft physisch zu schwächen – eine Strategie, die auch schon in den 1960er Jahren gegen linke Oppositionelle angewandt wurde.

Es war nicht die erste Haftstrafe, die Chee Soon Juan aufgrund seines engagierten Eintretens für Meinungs- und Versammlungsfreiheit antreten musste. Bereits 1999 und 2002 war der Oppositionspolitiker verurteilt worden, weil er ohne die in Singapur notwendigen behördlichen Genehmigungen sein in der Verfassung des Landes garantiertes Recht zur freien Meinungsäußerung wahrgenommen und in der Öffentlichkeit Kundgebungen abgehalten hatte. Im Frühjahr 2006 kam eine neuntägige Haftstrafe hinzu, nachdem Chee wegen kritischer Äußerungen über die seiner Ansicht nach parteiische Justiz des Stadtstaats ebenfalls zu einer hohen Geldstrafe verurteilt worden war. Und kaum dass die jüngste Haftstrafe verbüßt ist, droht dem Politiker auch schon die nächste Verurteilung, nachdem er im Frühjahr von den Behörden am internationalen Changi Airport verhaftet worden war. Chee wollte an einer internationalen Demokratie-Tagung im türkischen Ankara teilnehmen, doch die Behörden verweigerten ihm, nachdem er zuvor von einem Gericht für bankrott erklärt worden war, die Ausreise und konfiszierten seine Reisedokumente. Im Falle einer Verurteilung drohen dem Oppositionspolitiker erneut eine Geldstrafe von bis zu 10.000 Singapur-Dollar oder weitere zwei Jahre Haft.

Die Auseinandersetzungen zwischen Chee Soon Juan und der Regierung und führenden Vertretern des PAP-Regimes reichen zurück bis in die frühen 1990er Jahre, als der Oppositionspolitiker zum ersten Mal bei einer Nachwahl für die SDP angetreten war. Kurz nach der Wahl wurde er von der National University, wo er als Lehrbeauftragter gearbeitet hatte, entlassen. Seither wurde Chee von führenden Regierungsmitgliedern immer wieder wegen seiner Kritik an der PAP und der Regierung verklagt und

Der Autor ist Vorsitzender der Südostasien Informationsstelle und langjähriger Beobachter der politischen Entwicklungen in Singapur. Im Frühjahr 2007 erscheint sein Buch ›Singapur. Globale Stadt und autoritärer Staat‹ im Horlemann-Verlag.

damit in seiner politischen Arbeit eingeschränkt. Damit tritt der Oppositionspolitiker die »Nachfolge« eines anderen berühmten Oppositionsführers Singapurs an: des Anwalts J. B. Jeyaretnam. Auch Jeyaretnam war, nachdem er bei einer Nachwahl Anfang der 1980er Jahre den ersten Parlamentssitz für eine Oppositionspartei erringen konnte, über die Jahre immer wieder von Premierminister Lee Kuan Yew und anderen führenden PAP-Politikern mit Verleumdungsklagen überzogen und dabei in den Konkurs getrieben worden, so dass er nur bei wenigen der späteren Parlamentswahlen selber antreten konnte.

Seit sich Jeyaretnam vom Vorsitz der Workers Party (WP) und damit von der aktiven Politik zurückgezogen hat, gerät immer stärker Chee Soon Juan ins juristische Fadenkreuz der Regierung. Auch Chee war von den letzten Parlamentswahlen, bei denen seine Singapore Democratic Party zwar 23 Prozent der abgegebenen Stimmen, aber aufgrund des Mehrheitswahlrechts keinen Sitz im Parlament gewinnen konnte, ausgeschlossen. Er war im Februar letzten Jahres für bankrott erklärt worden, da er Zahlungen in Höhe von mehr als 500.000 Singapur-Dollar an die früheren Premierminister Singapurs, Lee Kuan Yew und Goh Chok Tong, nicht leisten konnte, zu denen ihn ein Gericht wegen Äußerungen im Wahlkampf von 2001 verurteilt hatte. Einmal mehr war es der PAP damit gelungen, einen ihrer schärfsten innenpolitischen Kritiker von der Teilnahme an den Wahlen auszuschließen und die personell ohnehin schlecht aufgestellte Opposition weiter zu schwächen.

Verleumdungsklagen, das moderne Instrumentarium gegen Oppositionelle

In den 1960er Jahren ging die PAP noch bevorzugt mit Hilfe des Internal Security Act (ISA), einem Rechtsinstrument aus der Zeit der britischen Kolonialherrschaft, gegen eine Linke vor, die noch Jahre zuvor ihre soziale und politische Basis im Kampf um Unabhängigkeit und politische Herrschaft darstellte. Zum Instrumentarium der Repression gehörten Massenverhaftungen, langjährige Haftstrafen ohne Gerichtsverfahren und vielfältige Formen der Folter politischer Gefangener. Nach einer nahezu vollständigen Zerschlagung der Linken ging die Regierung in den 1980er Jahren dann verstärkt dazu über, die verbliebene und sich sehr langsam wieder formierende Opposition vor allem mit dem juristischen Instrumentarium der Verleumdungsklage zu bekämpfen und in ihrer politi-

schen Arbeit zu behindern. An die Stelle gewaltsamer Verfolgungen, Verhaftungen und Folterungen, wie sie in der Frühphase der politischen Entwicklung des unabhängigen Stadtstaats üblich waren, waren kostspielige Klageverfahren getreten, die politisches Engagement gegen die PAP für Oppositionspolitiker bis heute zu einem höchst risikoreichen Unternehmen machen. Denn die horrenden Schadensersatzklagen durch Mitglieder der Regierungspartei PAP und besonders durch die jeweils amtierenden Premierminister haben immer wieder dazu geführt, dass führende Oppositionspolitiker finanziell ruiniert und damit von Parlamentswahlen ausgeschlossen wurden.

Doch mit seiner erneuten Weigerung, die gegen ihn verhängte Geldstrafe zu bezahlen und stattdessen eine mehrwöchige Haftstrafe anzutreten, ist es Chee Soon Juan zum wiederholten Mal gelungen, den repressiven Umgang der Regierung mit einer unliebsamen Opposition zu verdeutlichen. Konnte es zuvor noch so aussehen, als hätte sich der Kampf der Regierung gegen Oppositionspolitiker mit der Verlagerung auf juristische Auseinandersetzungen gleichsam »zivilisiert«, so sind die von Chee angetretenen Haftstrafen ein ums andere Mal deutliche Signale an die Menschen in Singapur, aber auch an die internationale Gemeinschaft, dass die Regierung Singapurs auch weiterhin nicht gewillt ist, von ihrer Repression gegenüber der politischen Opposition abzurücken und Meinungs- und Versammlungsfreiheit zuzulassen. Zugleich knüpft der Oppositionspolitiker damit deutlicher, als dies noch von der Opposition in den 1980er und 1990er Jahren getan wurde, an frühere Erfahrungen des politischen Kampfes gegen die PAP an.

Dass der Oppositionspolitiker damit durchaus Erfolg hat, zeigen die jüngsten Entwicklungen. Am 10. Dezember, wenige Tage vor der Freilassung Chees, war es zum ersten Mal seit Jahren zu öffentlichen Solidaritätsbekundungen für den Oppositions-



Chee Soon Juan (4. v. r.) bei einer SDP-Protestveranstaltung im Mai 2006

Foto: R. Jordan

politiker gekommen, als eine Gruppe von Anhängern des Oppositionspolitikers – unter ihnen nicht nur Parteimitglieder – trotz drohender Strafen durch die Straßen Singapurs zogen, um vor dem Gefängnis in Queenstown für die Freilassung Chees zu demonstrieren. Ein seltenes, aber wichtiges Zeichen dafür, dass Menschen in Singapur der repressiven Politik der PAP zunehmend kritisch gegenüber stehen. Noch vor wenigen Jahren wären solche öffentlichen Solidaritätsbekundungen nur schwer vorstellbar gewesen; zu groß erschien das persönliche Risiko im Falle einer Verhaftung durch die Behörden. Doch mittlerweile zeigen sich, wenn auch erst in Ansätzen, erste Anzeichen für eine größere Zivilcourage, die in Singapurs Stadtbild bisher noch Seltenheitswert hat.

Die Verschärfung repressiver Instrumente

Dabei dürfte es von einiger Bedeutung sein, dass sich die Hoffnung vieler Menschen in Singapur nicht er-

Die Verschärfung repressiver Instrumentarien kommt zu einer Zeit, in der zunehmende soziale Spannungen innerhalb der Gesellschaft – hervorgerufen durch sinkende Löhne vor allem unterer Einkommensgruppen, steigende Lebenshaltungskosten und eine für weite Teile der Bevölkerung nur unzureichende Altersversorgung – das kritische Potenzial innerhalb der Bevölkerung weiter erhöhen. Trotz repressiver Bestimmungen sind immer deutlicher Stimmen zu vernehmen, die die Regierungsführung der PAP kritisieren und dabei besonders die weiterhin der öffentlichen Kontrolle entzogene Verwendung öffentlicher Gelder durch staatliche Investitionsfirmen wie Temasek Holding und die Government of Singapore Investment Corporation (GSIC) hinterfragen. Auch an der seit einigen Jahren sich öffnenden Schere zwischen Arm und Reich wächst im Stadtstaat die Kritik, und die »soziale Frage« rückt immer stärker ins Bewusstsein weiter Teile der Bevölkerung.

In den letzten Jahren war es vor allem Chee Soon Juan, der diese und andere Themen aufgegriffen und zum Schwerpunkt seiner Kritik an der Regierung gemacht hat. Damit ist der Oppositionspolitiker zu einem wichtigen Sprachrohr einer sich zunehmend deutlicher artikulierenden kritischen Öffentlichkeit geworden, der die PAP bisher lediglich durch die üblichen Formen der juristischen Repression begegnet. Bisher lässt das Regime noch jeden Willen vermissen, einer im Wesentlichen um angemessene Repräsentanz im politischen System kämpfenden Mittelschicht Möglichkeiten der Partizipation zu bieten. Vor allem im bürgerlich-liberalen Lager gilt Chee daher mittlerweile als ein Hoffnungsträger für ein demokratischeres Singapur nach dem Ende der PAP-Herrschaft unter Lee Kuan Kew und seinen (politischen) Erben.

Literatur

- Koh Gui Qing: »Singapore jails opposition leader Chee Soon Juan over public speaking«, Reuters, 23. Nov. 2006
 Shawn W. Crispin: »Inconvenient truths about Singapore«, Asia Times Online, 1. Dez. 2006
 Gillian Wong: »Jailed opposition leader hospitalized«, Associated Press (Singapur), 5. Dez. 2006

Solidaritätskundgebung von SDP-Anhängern für die Freilassung von Chee Soon Juan am 10. Dezember 2006

Foto: R. Jordan

füllt hat, dass die angekündigte politische Liberalisierung nach dem Amtsantritt des neuen Premierministers Lee Hsien Loong im Sommer 2004 nicht umgesetzt worden ist. Vielmehr hat auch der neue Premier, ein Sohn Lee Kuan Yews, bis heute jeden politischen Reformwillen vermissen lassen und die Regierung ist längst wieder zur Repression früherer Jahre zurückgekehrt. In vielen Bereichen sind die Bestimmungen gar weiter verschärft worden und neue Gesetze schränken längst auch große Teile der Internetkommunikation in Singapur ein. Sollten weitere, Ende 2006 im Parlament eingebrachte Regelungen umgesetzt werden, hätte die Regierung zukünftig noch mehr Möglichkeiten, die politische Arbeit der Opposition zu behindern und jegliche Kritik zu unterbinden.